

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Antrag an den SHR in Mildstedt am 30. November 2013

Antragsteller: Landesverband der Jungen Union Schleswig-Holstein

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Der Schleswig-Holstein-Tag der Jungen Union hat am 26./27.10.2013 in Bad Oldesloe beschlossen das Thema „Finanztransaktionsteuer“ auf dem nächsten Schleswig-Holstein-Rat erneut zu diskutieren und zu Abstimmung zu stellen.

Der Schleswig-Holstein-Rat möge im Auftrage des Schleswig-Holstein-Tages beschließen:

Die Junge Union Schleswig-Holstein setzte sich für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer mit einem Steuersatz zwischen 0,01% und 0,10% ein. Als Verkehrsteuer besteuert sie, wie die Umsatzsteuer, den Handel von Finanzprodukten. Anstatt Steuererhöhungen sieht die Junge Union die Ausweitung der Bemessungsgrundlage als den besseren Weg um die Steuereinnahmen zu optimieren.

Die Steuer soll in den Haushalt der Europäischen Union fließen. Im Gegenzug sollen die Mitgliedstaaten ihren Beitrag an die EU entsprechend reduzieren.

Geltungsbereich:

Besteuert werden sollen alle Finanztransaktionen außer Aktien, bei denen mindestens eine Transaktionspartei in der Europäischen Union ansässig ist.

Hypotheken, Kredite, Versicherungsverträge und andere „normale“ Finanztätigkeiten für Privatpersonen und kleinere Unternehmen sind nicht von dieser Steuer erfasst. Die Feststellung erfolgt über die Umsatzsteueridentifikationsnummer bzw. über eine Bescheinigung des zuständigen Betriebsfinanzamtes über die Größenklassifizierung.

Außerdem sollen Refinanzierungstätigkeiten, geldpolitische Maßnahmen und die öffentliche Schuldenverwaltung nicht betroffen sein, sodass keine Steuern für Transaktionen mit der EZB und der EU anfällt.

Zur Vermeidung von Steuerumgehung und Ausweicheffekten gilt als Erweiterung das sog. „Ausgabeprinzip“. Danach würde eine Steuer erhoben werden, wenn die Herausgabe in einer der Mitgliedsstaaten erfolgt, unabhängig vom Handelsplatz oder dem Sitz von Käufer und Verkäufer. Dies gilt auch für Banken, die im Namen einer Partei handeln.